

Stellungnahme

**Initiative für saubere
Unternehmensfahrzeuge der Europäischen
Kommission**

04.09.2025

Stellungnahme

Aus Sicht des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) ist die Initiative zur beschleunigten Umstellung auf emissionsfreie Unternehmensflotten grundsätzlich ein richtiger Schritt hin zur Erreichung der europäischen Klimaziele. Die vorgeschlagenen Maßnahmen lassen sich jedoch unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht umsetzen und sollten daher überprüft und angepasst werden.

Zum einen führt die verbindliche Erfüllung von Quoten insbesondere bei betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu hohen Investitions- und Betriebskosten, die nur schwer zu stemmen sind. Steigende Kosten für die Anschaffung von Fahrzeugen und Ladeinfrastruktur sowie mögliche Preisaufschläge bei Transport- und Logistikdienstleistungen könnten die Wettbewerbsfähigkeit unserer Mitgliedsunternehmen schwächen. Da viele dieser Kosten entlang der Lieferketten weitergegeben werden, drohen auch Belastungen für Endkunden sowie für den Mittelstand im In- und Ausland. Deshalb ist zu beachten, dass wenn Investitionen aus der Wirtschaft gefordert werden, es an anderer Stelle Entlastungen in gleicher Höhe braucht, insbesondere angesichts der andauernden wirtschaftlichen Herausforderungen z.B. in Deutschland.

Zum anderen sind die notwendigen Rahmenbedingungen für die Erreichung der Zielvorgaben aktuell nicht gegeben. Insbesondere fehlt es an ausreichender und flächendeckender Ladeinfrastruktur. Auch die Verfügbarkeit von E-LKW für die Logistikunternehmen ist bislang nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Die aktuell am Markt verfügbaren emissionsfreien Fahrzeuge können die bestehenden Anwendungsfälle noch nicht abdecken. Dies gilt insbesondere für den pharmazeutischen und agrargroßhandelsnahen Transport, bei dem die zu befördernden Produkte teilweise durchgehend gekühlt werden müssen. Hier ist die verfügbare Technik noch nicht ausreichend entwickelt. Eine Kombination aus notwendiger Reichweite und gleichzeitiger Kühlleistung – vor allem in abgelegenen Regionen, in denen viele unserer Mitgliedsunternehmen einer öffentlichen Dienstleistungsverpflichtung unterliegen – ist derzeit nicht realisierbar.

Auch die mögliche Einführung zusätzlicher Überwachungs- und Berichtspflichten sowie der damit verbundene Verwaltungsaufwand für Unternehmen sind nicht mehr zeitgemäß. Die mit den aktuellen Omnibus-Paketen der Kommission angestrebten Fortschritte beim Bürokratieabbau dürfen dadurch nicht gefährdet werden. Schon die bestehenden europäischen Berichtspflichten stellen Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen – eine Wiederholung dieser Belastung gilt es unbedingt zu vermeiden.

Der BGA setzt sich weiterhin für die Dekarbonisierung des (Güter-) Verkehrs ein. Sie trägt entscheidend dazu bei, die europäischen Klimaziele zu erreichen, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel und reduziert langfristig die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern.

Gleichzeitig erhöht sie die Stabilität und Zukunftsfähigkeit der Lieferketten, die für den Groß- und Außenhandel von zentraler Bedeutung sind.

Nachhaltige Transportlösungen entsprechen zudem den Erwartungen von Kunden und Geschäftspartnern, fördern Innovationen in Technologie und Infrastruktur. Damit ist eine konsequente Dekarbonisierung im Güterverkehr ein zentraler Baustein für wirtschaftliches Wachstum, Planungssicherheit und die Sicherung neuer Marktpotenziale. Unternehmen werden sich dieser Transformation zwangsläufig anschließen müssen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern – vorausgesetzt, die notwendigen Rahmenbedingungen sind gegeben. Daher sollten von der Kommission und den Mitgliedstaaten zunächst die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, bevor die Festlegung statischer Zielvorgaben geplant wird.

Über den BGA:

Der BGA vertritt die Interessen der Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie der B2B-Dienstleistungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Er setzt sich ein für Weltoffenheit, freien Wettbewerb in einer liberalen, marktwirtschaftlichen Ordnung und verantwortungsvolles Unternehmertum.

Der BGA ist Ansprechpartner für die Politik und informiert die Öffentlichkeit. Dabei fokussiert sich der BGA darauf, wettbewerbsfähige Standortbedingungen zu schaffen: für eine moderne Arbeits- und Sozialpolitik, eine leistungsfähige Infrastruktur, ein leistungsgerechtes Steuersystem, praxistaugliche Regelungen und eine konsequente Deregulierung.

Unternehmer ermöglichen Wachstum, schaffen Arbeitsplätze und garantieren damit Wohlstand für alle. Ohne ihr kreatives Denken wären weder die Aufbauleistungen der Nachkriegs- und Nachwendezeit noch die Erfolge Deutschlands auf den Weltmärkten möglich gewesen, es ist auch heute Voraussetzung für künftige Prosperität.